

Nützliche Nachrichten 8/2008

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 27. August 2008

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Machtkampf zwischen AKP und Kemalisten

von Jan Keetman

Eine „ernsthafte Warnung“ sollte dieses Mal noch genügen. Als der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Hasim Kilic, am Mittwoch, dem 30. Juli 2008 verkündete, Tayyip Erdogans AKP werde nicht verboten, betonte er auch, dies sei nicht als Freispruch zu werten. Doch seien die antisäkularen Aktivitäten nicht so gefährlich, dass sie ein Verbot rechtfertigten.

Ein großer Teil der türkischen Bevölkerung war erleichtert, immerhin hatten 46,5 Prozent die AKP gewählt. Europäische und US-amerikanische Politiker begrüßten das Urteil, und am folgenden Tag bekundete die Geschäftswelt ihre Zustimmung. An der Börse von Istanbul stiegen die Kurse bis fast genau auf den Wert, den sie am 14. März erreicht hatten, ehe am Abend Oberstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya seinen Verbotsantrag einreichte. Vor allem der Regierung nahestehende Firmen profitierten.

Doch was hat sich eigentlich geändert? Für die AKP war die Lage am Mittwochabend zwar besser als am Mittwochmorgen, aber doch schwieriger als vor dem 14. März. Die AKP weiß nun, daß sie auch als Regierungspartei nicht vor einem Verbotsantrag sicher ist. Zehn der elf Verfassungsrichter hatten den Argumenten des Staatsanwalts zum großen Teil zugestimmt, nur bei der Beurteilung der Schwere der Schuld gab es Differenzen. Das Gericht begnügte sich mit finanziellen Sanktionen gegen die AKP. Sollte die Regierung Erdogans noch einmal einen Versuch unternehmen, das Kopftuch an den Universitäten durchzusetzen, oder etwas Ähnliches tun, das Verbot wäre dann wohl gewiss.

„Das Kopftuch ist derzeit nicht auf unserer Agenda“, sagte Vizepremierminister Cemil Cicek. Auf brisante Initiativen wird die

AKP wohl vorerst verzichten. Sie könnte stattdessen versuchen, zunächst ihre Macht weiter zu vergrößern. Einigen Erfolg hatte die Regierungspartei bereits bei der Vergrößerung ihrer Wirtschafts- und Medienmacht – nach einer erprobten Methode: Erst bekam ein Firmenkonsortium, die Calik-Gruppe, ohne Ausschreibung ein größeres Pipelineprojekt zugeschoben. Dann kaufte eine Firma dieser Gruppe eine der größten Zeitungen des Landes, Sabah, und den Fernsehsender ATV. Das Geld hierfür erhielt sie von zwei staatlichen Banken. Die Gruppe wird von einem Schwiegersohn Erdogans geleitet. Kein Wunder, dass sich von allen europäischen Politikern Erdogan am besten mit Silvio Berlusconi versteht.

Gegner der Regierung werden mit Geheimdienstmethoden diskreditiert oder eingeschüchtert. Was der Generalsekretär der kemalistischen CHP, Önder Sav, unter vier Augen über den Propheten Mohammed gesagt hat, steht zwei Tage später in der Zeitung.

Weiteres Material liefert das Verfahren gegen die angebliche Verschwörergruppe Ergenekon. Derzeit liegen Anklagen gegen 86 Personen vor, doch die Zahl der Angeklagten wird wohl auf etwa 130 steigen. Auf das Komplott, das ihnen unterstellt wird, würde so leicht kein Autor kommen. Da tut sich eine Reihe bekannter nationalistischer Querköpfe, unter ihnen İlhan Selçuk, der 83jährige Kolumnist der Zeitung Cumhuriyet, der Führer der maoistischen Arbeiterpartei (IP), der Anwalt Kemal Kerinçsiz, bekannt geworden durch seine Anzeigen wegen „Erniedrigung des Türkentums“ gegen Orhan Pamuk, Hrant Dink und andere, mit einigen pensionierten Generälen und anderen Gleichgesinnten zusammen und schmiedet ein Komplott.

Die Anklageschrift beschreibt die angeblichen Pläne: Ergenekon bemühte sich, ein Verbotsverfahren gegen die AKP in Gang zu bekommen, um dann einen Richter zu ermorden und die Schuld der AKP anzuhängen. Um die Türkei ins Chaos zu stürzen, war ferner die Ermordung zahlreicher Personen vorgesehen: Premierminister Erdogan, Literaturnobelpreisträger Orhan

Pamuk, Generalstabschef Yasar Büyükanit, die ehemaligen Präsidenten Süleyman Demirel und Ahmet Necdet Sezer, Oppositionsführer Deniz Baykal, der griechisch-orthodoxe und der armenische Patriarch, der jüdische Geschäftsmann Ishak Alaton, der Führer der kurdischen Opposition im Parlament, Ahmet Türk, und andere mehr.

Ein kleiner Teil der Pläne wurde angeblich sogar verwirklicht. İlhan Selçuk ließ in der Zeitung Cumhuriyet Karikaturenveröffentlichen, die das islamische Kopftuch lächerlich machen. Solche Karikaturen zeichnet sein älterer Bruder Turhan Selçuk übrigens seit Jahren. Dann bestellte İlhan Selçuk via Ergenekon drei Angriffe mit Handgranaten auf das Gebäude der Cumhuriyet im Istanbuler Bezirk Sisli. Das Gebäude ist sehr gut durch hohe Zäune und vergitterte Fenster gesichert. Von einer schmalen Gasse aus kann man die Handgranate nur ungezielt über den Zaun gegen das Gebäude werfen. Schäden waren zwar möglich, aber unwahrscheinlich. Jedenfalls konnte nun İlhan Selçuk diese Vorfälle gebrauchen, um in seinen Kommentaren vor der islamistischen Gefahr zu warnen.

Ein Journalist, der erst den Anlaß schafft, dann das Attentat bestellt und letztendlich den Kommentar dazu schreibt – ist die Welt so einfach? Alle, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit der Aufklärung politischer Morde in der Türkei beschäftigten, haben immer eine Organisation vermutet, die entweder zum Staatsapparat gehört oder enge Kontakte mit ihm unterhält. Für diese Annahme gab es viele Gründe. Nun plant nach Ansicht des Anklägers plötzlich eine rein private Organisation ohne irgendwelche Beziehungen zum Staat eine Verschwörung. Es gibt in ihr zwar viele Offiziere, doch für sie scheint die Pensionierung die Eintrittsvoraussetzung gewesen zu sein.

In ihrer Gesamtheit erscheinen die Vorwürfe nicht gerade glaubwürdig, daß kemalistische Hardliner Provokationen geplant haben, ist jedoch möglich. Für potenzielle Widersacher der Regierung ist das Verfahren eine Bedrohung, denn immer wieder werden neue Verschwörer ausgemacht und verschwinden in Untersuchungshaft oder der Regierung nahestehende Medien deuten einen solchen Verdacht an.

Der türkische Staat ist als eine Festung konzipiert, die Linke, Kurden und Islamisten draußen halten sollte. Eindringen sind zwar nicht strenge Islamisten, aber eine Partei, die nach der Intention der Erbauer draußen bleiben sollte. Anfangs schien Erdogan bemüht zu sein, durch Reformen die Verhältnisse zu ändern. Doch seitdem er sich als Hausherr fühlen kann, gibt es keine Reformen mehr, die AKP ist nun ihrerseits bemüht, die Festung gegen ihre Feinde zu sichern.

Das Presserecht ist in manchen Punkten sogar schärfer als früher. Den berüchtigten Paragraphen 301 („Erniedrigung der türkischen Nation“), das Lieblingswerkzeug des mutmaßlichen Ergenekon-Mitgliedes Kemal Kerinçsiz, gibt es noch immer. Der Paragraph 301 wurde auf Druck der EU nur leicht umformuliert. Der größte Unterschied besteht darin, dass das Justizministerium nun einer Anklage zustimmen muss, damit ist der Paragraph endgültig zu einem Werkzeug in der Hand der Regierung geworden. Ein kurdischer Sender wurde legalisiert, wohl um dem Sender Roj TV, der der PKK nahesteht, die Zuschauer abspenstig zu machen, er kann jedoch von einem Tag auf den anderen wieder geschlossen werden.

Anstatt das Land zu demokratisieren, vergrößert die AKP nur noch ihre Macht und benutzt nun zum Teil diejenigen Instrumente, die früher gegen sie selbst angewendet wurden. So hat die AKP zwar auf Drängen der EU das Recht auf friedliche

Demonstrationen festgeschrieben, doch seit langem hat keine türkische Regierung so hart gegen Gewerkschaftskundgebungen durchgegriffen wie die Erdogans. Bei den Arbeitnehmerrechten hat man die EU auf später vertröstet, wofür es offenbar Verständnis gab. Zumindest war kein Protest zu vernehmen.

Die Religionsfreiheit wird von Erdogan vehement verteidigt, wenn es um das Kopftuch geht. Sie endet schlagartig, wenn von jenen die Rede ist, die keine sunnitischen Muslime sind. Ob die Eltern Alewiten oder Atheisten sind, die Kinder müssen zwangsweise am Religionsunterricht teilnehmen. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz ist der Religionsunterricht sunnitisch. Das führt u. a. dazu, dass den Schülern die Schöpfungsgeschichte so erzählt wird, wie sie im Koran steht. Darwins Lehre ist dagegen auch im Biologieunterricht weiter kein Thema.

Für Moscheen bezahlt der Staat den Strom, das Wasser und das Personal, Kirchen werden dagegen wie Fabriken besteuert. Die griechisch-orthodoxe Kirche hat weiterhin keine Möglichkeit, in der Türkei Priester auszubilden, während die rein sunnitisch-islamischen theologischen Fakultäten die Zahl ihrer Studenten in den letzten Jahren verdoppeln konnten. Die alewitische Minderheit muss ihre Versammlungsräume, die Cemevi, als Kulturvereine tarnen, um den Bau überhaupt genehmigt zu bekommen. Doch die Genehmigungspraxis ist restriktiv.

Wenn Erdogan beweisen wollte, daß seine AKP keine Partei ist, die eine bestimmte religiöse Weltsicht vertritt und mit staatlichen Mitteln fördern will, so hätte er dazu eine Fülle von Möglichkeiten. Eben so könnte er seine Bereitschaft demonstrieren, auf die autoritären Mittel zu verzichten, die einer Regierungspartei in der Türkei zur Verfügung stehen. Dies würde das kemalistisch-nationalistische Milieu nicht mit der AKP versöhnen, aber weitgehend entwaffnen. Als die AKP im Jahr 2002 erstmals an die Macht kam, wurde sie erbittert bekämpft, u. a. auch mit einem Verbotsantrag vor dem Verfassungsgericht. Doch Erdogan kam nicht mit Gesetzen zum Kopftuch daher, sondern mit Reformen.

Derzeit scheint Erdogan eher seine Macht erweitern und die Methoden seiner kemalistischen Konkurrenten übernehmen zu wollen. Dies hielt ihm mit der Ernennung von İlker Başgöç zum neuen Generalstabschef am 4. August ein Verfechter kemalistischer Prinzipien entgegen, der als besonnen und kühl kalkulierend gilt. Man stellt sich offenbar auf einen längeren Machtkampf ein. Mag sein, dass die AKP stark genug ist, um die Auseinandersetzung mit der alten Oligarchie für sich zu entscheiden. Verlierer sind in jedem Fall diejenigen Türken, die weder einen autoritären Staat wollen noch eine schleichende Reislamisierung.

(Jungle World, 7.8.08)

Ereignis-Kalender

Herzliche Glückwünsche zum 80. Geburtstag von Andreas Buro

Das Netzwerk Friedenskooperative gratuliert Andreas Buro herzlich zu seinem achtzigsten Geburtstag am 15. August 2008. "Der Friedensforscher, emeritierter Professor an der Uni Frankfurt und Aachener Friedenspreisträger 2008 ist der wohl wichtigste Mentor, Analyst und Ideengeber für die deutsche Friedensbewegung", betont Netzwerk Geschäftsführer Manfred Stenner.

"Andreas hat in den letzten Jahrzehnten so viele Auf's und Abs der sozialen Bewegungen miterlebt, dass ihm Euphorie und Resignation gleichermaßen fern liegen. Vielmehr folgt er dem Gramsci'schen Diktum vom Pessimismus des Wissens und dem Optimismus des Handelns", beschreibt das Komitee für Grundrechte und Demokratie die Grundhaltung seines friedenspolitischen Sprechers im aktuellen Informationsbrief.

Dem entspricht die konstruktive Betonung der Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung als Alternative zu den dominierenden militärischen Konflikt-"Lösungen", die Andreas Buro zu vielen Krisen und Kriegen vorgelegt hat.

"Die von Andreas Buro in letzter Zeit im Rahmen des Monitoring-Projekts für Zivile Konfliktbearbeitung (Träger ist der Zusammenschluss Kooperation für den Frieden) verfassten Dossiers mit detaillierten Vorschlägen für die Krisenherde Israel/Palästina, Türkei/Kurdistan und den Konflikt um das iranische Atomprogramm sind realitätstüchtige Handlungsanleitungen für Politik wie Soziale Bewegungen, um ohne Krieg und Zerstörung Krisen bewältigen zu können", betont das Netzwerk Friedenskooperative.

Auch zu Afghanistan liegen konkrete Ausarbeitungen aus Buros Hand vor, die intensiv in die Diskussionen und Aktionsplanungen der Friedensbewegung einfließen.

Trennscharfe Analyse politischer und wirtschaftlicher Machtinteressen und die Entwicklung alternativer Handlungsoptionen für die Politik ging bei Andraes Buro immer einher mit der Ermutigung für die Einmischung von Bürgerinitiativen und Sozialer Bewegung in die politische Willensbildung. Weit mehr noch: Viele der wichtigen sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit hat er selbst mitbegründet. Er war aktiv in der Kampagne "Kampf dem Atomtod" in den 50er Jahren, in der damaligen Ostermarschbewegung, der außerparlamentarischen Opposition gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg, in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, war Mitbegründer des Sozialistischen Büros und der Zeitschrift "links" und schließlich 1980 des Komitees für Grundrechte und Demokratie. In den 1980ern war er eine der Schlüsselfiguren der damals enorm großen Friedensbewegung zu den brisantesten Zeiten des Ost-West-Konfliktes, den es zu überwinden galt und die deshalb nach seinen Vorschlägen zunehmend blockübergreifend agierte.

Nach wie vor ist Andreas Buro einer der gefragtesten Redner auf Kundgebungen wie auch unverzichtbarer Referent auf Kongressen und Beratungstreffen.

In vielen Veröffentlichungen ist Andreas Buro auch das Gedächtnis der Friedensbewegung, u.a. mit "Geschichten aus der Friedensbewegung" oder mit analytischen Beiträgen wie "Die Friedensbewegung – Totgesagte leben länger".

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie schreibt: "Was Friedensforschung und Friedensbewegung dringendst brauchen, ist eine politische Autobiographie aus der Feder des Andreas Buro." Dem kann sich das Netzwerk Friedenskooperative nur anschließen.

Am 1. September 2008 wird der Aachener Friedenspreis an Andreas Buro überreicht und bei dieser Gelegenheit auch nochmals sein Geburtstag gefeiert.

Auch die Redaktion der Nützlichen Nachrichten gratuliert dem Koordinator des Dialog-Kreises Andreas Buro herzlich zu seinem 80. Geburtstag und wünscht ihm ein gesundes und aktives Leben.

(Netzwerk Friedenskooperative, 14.8.08,
www.friedenskooperative.de)

Deutsche Bergsteiger freigelassen

Die drei deutschen Bergsteiger, die am 9. Juli von den Kämpfern der Arbeiterpartei Kurdistan PKK am Araratberg entführt wurden, sind am 20. Juli freigelassen worden.

Das Hauptquartier der HPG gab eine Stellungnahme zu den näheren Umständen der Freilassung der drei deutschen Bergsteiger. In ihrer Erklärung hieß es dazu: „Am 19. Juli erreichte uns eine Delegation bestehend aus IHD, MAZLUM DER, DTP sowie des Friedensrates der Türkei Dogubeyazit. Als Ergebnis der Zusammenarbeit mit dieser Delegation wäre dann beschlossen worden die drei Bergsteiger am Abend des 20. Juli frei zu lassen. Aufgrund der fortdauernden Operationen allerdings war es nicht möglich für Leib und Leben der Teilnehmer der Delegation so wie der Deutschen zu garantieren. Deshalb konnten die Deutschen nicht zum vereinbarten Zeitpunkt freigelassen werden. Die drei Deutschen seien dann bereits um 12 Uhr mittags des selben Tages in der Nähe des Dorfes Güngören, welches zu Dogubeyazit gehört, freigelassen worden.“

Unter der Überschrift „Dialog ist der einzige Weg zur Konfliktlösung“ erklärte der Nationalkongress Kurdistans (KNK) folgendes: „Mit großer Erleichterung und Freude haben wir von der Freilassung der drei Bergsteiger aus Deutschland erfahren. Wir sind sehr froh darüber, dass alle drei Bergsteiger unversehrt zurück in die Bundesrepublik kommen werden. Wir möchten uns daher bei den zuständigen Gremien der KCK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans)... dafür bedanken, das sie eine Bereitschaft gezeigt hat, alles Notwendige zur gesicherten Freilassung der Bergsteiger zu unternehmen... Unser besonderer Dank gilt auch der DTP-Partei und den Menschenrechtsorganisationen, die entgegen vehementer Provokation durch politische und militärische Stellen der Türkei das Risiko auf sich nahmen und für eine sichere Freilassung intervenierten...“

„Der KNK steht für eine politische Lösung der kurdischen Frage und vertritt das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden, welches durch das internationale Recht gewährleistet wird.“

„Daher glauben wir fest daran, dass die Türkei mit ihrer Repressions-, Negierungs- und Vernichtungspolitik des kurdischen Volkes dauerhaft keine Chance haben wird, den Freiheitswillen der Kurden zu brechen. Noch glauben wir daran, dass die politische, diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung gegenüber der türkischen Kurdenpolitik, - die bei einigen EU Staaten, allen voran die Bundesrepublik, Unterstützung findet - die demokratische Lösung der kurdischen Frage verhindern kann.“

Positiv stellen wir fest, dass zahlreiche deutsche politische Persönlichkeiten sich entschieden für einen neuen politischen Kurs der Bundesrepublik einsetzen. Der KNK sieht den Dialog als den einzig vernünftigen Weg zur Konfliktlösung. Weder Verbote noch anderweitiges fahrlässiges politisches Handeln werden den Frieden fördern. Im Gegenteil: sie könnten nur zur Ursache weiterer von uns nicht beabsichtigter Folgen haben werden, welche niemandem dienen und für keinen nützlich sind. Der Weg des Dialogs wird auch das Leben Hunderttausender Kurdinnen und Kurden in Deutschland verändern und verbessern: wie ebenso allen 40 Millionen Kurden dieser Erde die Chance auf ein freies und Selbstbestimmtes Leben gewährleisten.“

(Kurdistan National Congress – KNK, 21.7.08,
kongrakurdistan@gmail.com;
ANF-Nachrichtenagentur Firat, 21.7.08)

Kurdische Wälder angezündet

Die türkische Armee vernichtet die letzten Wälder Kurdistans. Im Kampf gegen die PKK werden nach Informationen von MESOP und kurdischen Medien die wenigen noch existierenden Wald- und Buschgebiete in den kurdischen Gebieten in der Türkei absichtlich angezündet oder mit Brandbomben beschossen. Wenn die einheimische Bauern- und Hirtenbevölkerung versuche, die Feuer mit bescheidensten Mitteln zu löschen, werde sie von türkischen Sicherheitskräften behindert. Gegen die vorsätzlichen Brandstiftungen hätten bereits am 27. Juli 2008 rund 15.000 Kurden in der Stadt Cizre protestiert.

Auch in den Vorjahren hat die türkische Armee regelmäßig in den kurdischen Bergen Waldbrände verursacht. In den vergangenen Wochen brannten in folgenden Regionen Wälder und Buschgebiete: am 26. Juli 2008 im Dreiländereck Türkei/Iran/Irak, am 22. Juli 2008 in der Elazig, am 20. Juli 2008 in der Provinz Hakkari, am 19. Juli 2008 in der Provinz Siirt, am 18. Juli 2008 in der Provinz Van, am 15. Juli 2008 in der Provinz Diyarbakir, am 13. Juli 2008 in der Provinz Mardin, am 08., 09. und 11. Juli in der Provinz Diyarbakir (mesop und Gf1v, 28.7.08)

Türkei setzt verbotene Kampfgase ein

Wie eine Untersuchungskommission des irakischen Parlaments öffentlich gemacht hat, hat die türkische Armee bei Luftangriffen auf Kandil durch internationale Abkommen verbotene Gase eingesetzt. Weiterhin seien Ackerbau und Infrastruktur geschädigt worden und Minen in Anbaugeländen gelegt worden. Hunderte Dorfbewohner hätten ihre Siedlungen verlassen müssen und lebten jetzt als Flüchtlinge unter schweren Bedingungen.

Nicht nur die Türkei, auch die iranische Armee habe irakisches Hoheitsgebiet durch militärische Angriffe verletzt.

In dem Bericht, der dem irakischen Parlament vorgelegt wurde, werden eine Beendigung und ein Verbot der militärischen Präsenz auf irakischem Territorium gefordert. Die türkische Armee verfügt seit 1995 in irakisch Kurdistan über 50 Panzer, über 1.500 Soldaten sowie Nachrichtenbüros in mehreren Städten.

Das Dorf Bokriskan, das Ziel des jüngsten Luftangriffs der türkischen Armee auf Kandil war, ist vollständig evakuiert worden. Die türkische Luftwaffe hat nach Angaben ortsansässiger Quellen die Dörfer Lewce, İnzo und Bokriskan, das Balekan-Tal sowie das Gebiet Geliye Bedran bombardiert. Ein Bewässerungsprojekt in Bokriskan sei dabei dem Erdboden gleichgemacht und die Nutztiere der Dorfbewölkerung getötet worden. Aufgrund des Angriffs flüchtete die gesamte Bevölkerung nach Coman und Ranya. Der Angriff wurde auch aus Kreisen der PUK bestätigt.

Aufgrund der Bombardierungen seitens der türkischen Luftwaffe in Irakisch-Kurdistan sind in den Gebieten Sidekan, Zap und Haftanin Waldbrände ausgebrochen.

(Yeni Özgür Politika, 5.7.08, ISKU-Informationsstelle Kurdistan, ANF-Nachrichtenagentur Firat, 29.7.08, ISKU)

17 Tote in Istanbul BND stellt sich hinter PKK

Kurz bevor der türkische Verfassungsgerichtshof in Ankara mit den Beratungen über ein Verbot der regierenden islamischen Partei AKP von Premier Recep Tayyip Erdogan begonnen hat, sind bei einem zweifachen Bombenanschlag im Istanbuler Stadtteil Güngören am 27. Juli 2008 17 Menschen getötet worden.

Die türkische Regierung beschuldigte gleich nach der Tat, die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Sie aber wies jegliche Verantwortung zurück. Auch in den türkischen Medien wurde fast ausnahmslos die PKK für das Attentat verantwortlich gemacht. Einige Kommentatoren und die DTP wiesen auf die Staatsbande Ergenekon hin.

Ahmet Türk, der Vorsitzende der kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP, nannte den Anschlag einen „Schlag gegen den Frieden und die Zukunft“. Türk erinnerte daran, daß in der Vergangenheit die PKK für Anschläge verantwortlich gemacht wurde, bei denen sich später herausstellte, daß sie von Mitgliedern der nationalistischen Putschistenorganisation Ergenekon begangen wurden. Es stimme nachdenklich, daß der Anschlag gerade zu einem Zeitpunkt erfolge, an dem das Verbotsverfahren des Verfassungsgerichts gegen die islamische Regierungspartei AKP wegen „Aushöhlung der säkularen Staatsform“ in die Schlussphase geht und Anklage gegen Ergenekon erhoben wird.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist anderer Meinung als die türkische Regierung und glaubt nicht, dass die PKK hinter diesem Anschlag steckt. Präsident Ernst Uhrlau: "Das Attentat in Istanbul passt nur schwer zur PKK. Sowohl die Technik des Anschlages als auch Ort und Zeit deuten eher auf einen islamistischen oder innertürkischen Hintergrund."

Es sei "nicht auszuschließen", dass die Terrororganisation Al-Kaida hinter dem Anschlag stecke. "Wir wissen, dass islamistische Terroristen auch in der Türkei am Werke sind - als Teil eines 'Globalen Jihad', eines weltweiten Krieges gegen alle, die als 'Ungläubige' gelten", sagte Uhrlau.

Die PKK hat die Bombenanschläge in Istanbul verurteilt. „Niemand darf die PKK mit diesem Angriff finsterner Kräfte in Verbindung bringen“, erklärte der Vorsitzende des Volkskongresses Kurdistan Kongra-Gel, Zübeyir Aydar, in einer am 28. Juli verbreiteten Erklärung. Aydar sprach den Opfern und ihren Angehörigen das Beileid aus.

Parallel zum AKP-Verfahren wurden in den letzten Monaten mehr als hundert Leute verhaftet, denen die Staatsanwaltschaft vorwirft, sie hätten einen Putsch gegen die Regierung von Premier Erdogan geplant. Zu dieser Bande "Ergenekon" gehören Ex-Generäle, wichtige Publizisten, Wirtschaftsführer und Juristen, die mehrere Attentate mit dem Ziel verübt haben sollen, um eine bürgerkriegsähnliche Lage zu provozieren, die ein Eingreifen der Armee rechtfertigen würde..

Ende Juli 2008 waren die Zeitungen voll mit Versatzstücken aus einer 2500 Seiten starken Anklageschrift, auf deren Basis im Oktober ein Prozess gegen 86 mutmaßliche Mitglieder der Bande in einem Hochsicherheitstrakt eines ehemaligen Gefängnisses beginnen soll. In der Anklage tauchen viele der ungeklärten politischen Morde der letzten 20 Jahre auf. Bei so viel Unübersichtlichkeit ist auch ein Attentat in Güngören nicht völlig abwegig.

(Welt Online, 28.07.08; junge Welt und Der Standard, 29.7.08; Die Presse, 3.8.08)

Freispruch zweiter Klasse AKP kommt mit Verwarnung davon

Die Türkei wird seit Monaten von einer schweren innenpolitischen Krise erschüttert. Die islamisch-konservative Regierungspartei AKP auf der einen, Opposition und Armee auf der anderen Seite streiten um die von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk verfügte Trennung von Staat und Religion. Ein Ende ist auch nach der Ablehnung des Verbots der AKP durch das Verfassungsgericht nicht in Sicht.

Es war eine Art Freispruch zweiter Klasse, den das Verfassungsgericht am 30. Juli 2008 verkündet hat. Nur ein Richter sah die Regierungspartei AKP nicht als „ein Zentrum für Aktivitäten gegen die laizistische Ordnung“ des türkischen Staates an. Eine Mehrheit der Verfassungsrichter wollte sie deshalb verbieten. Im Rahmen der Demokratisierungsmaßnahmen, die die islamisch-konservative AKP vorgenommen hat, um die Türkei an die EU anzunähern, wurde für Parteiverbote jedoch eine Sonderregel in die Verfassung geschrieben, die besagt, dass die einfache Mehrheit der Richter dafür nicht reicht: Nicht sechs, sondern mindestens sieben der elf Verfassungsrichter müssen dafür sein. Allein diese Klausel hat die AKP vor dem Verbot gerettet.

Für eine Verwarnung, verbunden mit einer nachträglichen Kürzung der staatlichen Zuschüsse um rund 12 Millionen Euro, waren aber alle Richter, mit Ausnahme des Vorsitzenden Hasim Kılıç. Damit ist das Damoklesschwert des Verbots einer Partei, die ein Jahr zuvor von 46,5 Prozent der Wähler gewählt wurde, entschärft.

Ein Ende der Konfrontation ist derweil nicht in Sicht. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass Oberstaatsanwalt Abdurrahman Yalçınkaya in den nächsten Monaten einen zweiten Verbotsantrag schreibt.

Die Chronologie des Zweikampfes

1. Mai 2007: Das Verfassungsgericht stoppt die Wahl des Staatspräsidenten. Das Gericht erklärt den ersten Wahlgang für ungültig. AKP-Kandidat Abdullah Gül hatte am 27. April die erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt. Wenige Tage später scheitert Gül auch im zweiten Wahlgang. Nach der Abstimmung bekräftigt das Militär, dass es den Laizismus (die Trennung von Staat und Religion) »entschieden verteidigen« werde. Im Wahlkampf werde die Armee »ihre Haltung und ihr Vorgehen notfalls deutlich machen«.

18. Mai: Nach dem Mord an einem Richter in Ankara demonstrieren Zehntausende für die Trennung von Staat und Religion. Der Richter hatte die Nichtbeförderung einer Lehrerin für rechtens erklärt, weil sie auf dem Schulweg ein Kopftuch trug.

22. Juli: Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan gewinnt mit seiner Partei AKP deutlich die vorgezogene Parlamentswahl.

28. August: Das Parlament wählt Gül mit einfacher Mehrheit zum Präsidenten. Gül bekräftigt, das Prinzip der Trennung von Staat und Religion zu schützen.

9. Februar 2008: Das Parlament kippt auf Initiative der AKP per Verfassungsänderung das Kopftuchverbot an Hochschulen.

31. März: Das Verfassungsgericht eröffnet ein Verbotsverfahren gegen die AKP. Sieben von elf Richtern wollen zudem ein politisches Betätigungsverbot für 71 AKP-Politiker prüfen, darunter Erdoğan und Gül. Der Verbotsantrag nimmt Bezug auf die Freigabe des Kopftuchs an Unis.

13. Mai: Eine Million Menschen demonstrieren in Izmir für eine laizistische Türkei.

5. Juni: Das Verfassungsgericht kippt die Parlamentsentscheidung zur Aufhebung des Kopftuchverbots.

28. Juli: Das Verfassungsgericht nimmt Verhandlungen über ein Verbot der AKP auf. Am Vorabend waren beim schwersten Terrorakt seit fünf Jahren in Istanbul 17 Menschen getötet worden. dpa/ND

(FR, taz, SZ, Der Standard und junge Welt, 31.7.08; taz, Der Standard, Die Presse und Neues Deutschland, 1.8.08)

PKK bekennt sich zum Anschlag auf Ölpipeline

Die PKK hat die Verantwortung für ein Feuer übernommen, das den Öltransport über die Pipeline Baku – Tbilissi – Ceyhan unterbrochen hat. Die PKK habe mitgeteilt, daß sie im türkischen Teil der Leitung am 5. August einen Sabotageakt ausgeführt hätte. Der habe zu einem Feuer geführt, das erst nach mehreren Tagen unter Kontrolle gebracht wurde.

Nach ihrem Bekenntnis hat die PKK neue Sabotageakte angekündigt. Man werde Übergriffe dieser Art ausweiten, wenn Regierungstruppen weiterhin gegen PKK-Mitglieder in der Türkei und in Irakisich-Kurdistan voringen, erklärte am 8. August Behroz Erdal, Oberkommandierender der Volksverteidigungskräfte HPG.

Die 1 760 Kilometer lange Ölpipeline wurde 2005 in Betrieb genommen. Täglich laufen durch diese Pipeline rund 1,2 Millionen Barrel Öl.

(RIA Novosti und Yeni Özgür Politika, 6.8.08; AP, junge Welt, 8.8.08)

Kurdische Saisonarbeiter unerwünscht

Rund drei Millionen Menschen verdingen sich in der Türkei verschiedenen Schätzungen zufolge jedes Jahr als Erntehelfer. Viele von ihnen sind Kurden, die in den Sommermonaten aus den verarmten Provinzen aus den kurdischen Gebieten in die reicheren westlichen Provinzen der Türkei ziehen, um auf den Feldern türkischer Bauern für Hungerlöhne von weniger als zehn Euro pro Tag zu schufteln. Doch während sich türkische Bauern über die konkurrenzlos billigen Erntehelfer freuen, nehmen Anfeindungen aus der Bevölkerung und Schikanen durch die Behörden mit jedem Jahr zu.

Jüngstes Beispiel dafür, die in diesem Jahr der Gouverneur von Ordu, einer Provinz am Schwarzen Meer, erlassen hat. Demnach dürfen Kurden, die sich zuvor einem „Sicherheitscheck“ durch die Polizei unterzogen haben, zwar zu der in diesen Tagen beginnenden Haselnussernte in die Provinz einreisen. Doch daß die Saisonarbeiter auch die gleichnamige Provinzhauptstadt betreten, um dort wie in jedem Jahr ihre Zelte aufzuschlagen, hat der Gouverneur diesmal untersagt. Fahrzeuge mit kurdischen Erntehelfern würden von der Polizei bereits an den Einfallstraßen gestoppt und zurückgewiesen, berichten die örtlichen Medien. Da die Haselnussbauern der Region in der Regel weder Kost noch Logis stellen, sind die meisten der angereisten Saisonarbeiter nun gezwungen, unter katastrophalen Bedingungen außerhalb der Stadtgrenzen zu kampieren.

Hintergrund der drastischen Maßnahme sind angeblich „hygienische und medizinische Bedenken“, die gegen das traditionelle Saisonarbeiter-Camp in Ordu sprechen sollen. Doch

für die Ortsgruppe der linken „Partei für Freiheit und Solidarität“ (ÖDP) ist dies nur ein vorgeschobener Grund. Vielmehr seien die weitverbreiteten allgemeinen Ressentiments gegenüber Kurden ausschlaggebend für den Erlass. Das Stadtbild soll die nach verbreiteter Auffassung angeblich „schmutzigen“ und auch „politisch suspekten“ Kurden nicht „verunstaltet“ werden. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und die kurdische „Partei der demokratischen Gesellschaft“ (DTP) protestieren gegen den rassistischen Erlass der Behörden. Selektionen an der Stadtgrenze seien ein „Zustand wie im Mittelalter“ und ein gravierender Verstoß gegen die in der Verfassung verbrieften Freiheits- und Gleichheitsrechte, kritisiert z.B. der Gewerkschaftsbund DISK. Rassistische Anfeindungen und Vorurteile schlagen kurdischen Landarbeitern in der Türkei überall entgegen, warnt die DTP-Politikerin Gültan Kisanak. Entschlossene Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Lage von Saisonarbeitern seien längst überfällig.

(junge Welt, 11.8.08)

Iran und Türkei einig gegen Kurden

Ankara wird vorerst keinen Vertrag über den Ausbau der türkisch-iranischen Beziehungen im Energiesektor unterzeichnen. Dies teilte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül am 14. August 2008 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem iranischen Amtskollegen Mahmud Ahmadinedschad in Istanbul mit. Vertreter beider Seiten hatten noch am 12. August verkündet, daß der bereits seit einem Jahr verhandelte Energiepakt „unterschriftsreif“ sei und während des Besuchs des iranischen Präsidenten in der Bosphorus-Metropole unterzeichnet würde. In dem Vertrag geht es um den Bau einer weiteren Gaspipeline zwischen den beiden Ländern und um einen 3,5 Milliarden Dollar schweren Deal der staatlichen türkischen Ölgesellschaft (TPAO) zur Ausbeutung von Gasfeldern im Südiran.

Washington und Tel Aviv hatten im Vorfeld scharf gegen die Einladung Ahmadinedschads protestiert, da diese eine Aufweichung der Bestrebungen zur internationalen Isolierung Teherans darstelle. Nur wenige Stunden vor der Ankunft des iranischen Präsidenten in Istanbul warnte die US-Administration zudem vor der Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Iran. „Ein solcher Vertragsschluss wäre zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Signal. Jetzt ist nicht die Zeit, um Geschäfte mit dem Iran zu tätigen. Sondern jetzt ist (...) auch für unseren Alliierten Türkei die Zeit gekommen, sich Gedanken über weitere Maßnahmen gegen den Iran zu machen“, ermahnte das US-Außenministerium die türkischen Entscheidungsträger.

Ankara war am 15. August bemüht, dem Eindruck entgegenzuarbeiten, daß ein Zusammenhang zwischen den US-amerikanischen „Bedenken“ und dem plötzlichen Abrücken von dem Energiepakt bestehen könnte. Der iranische Besuch reagierte sichtlich verärgert auf den türkischen Sinnungswandel. So mochte man bei dem Versuch Ankaras, seine Rolle als Regionalmacht durch eine Vermittlungsinitiative im internationalen Atomstreit aufzuwerten, am 14. August nicht mehr mitspielen. Dem Vorschlag des türkischen Präsidenten, ein Treffen zwischen der Iran-Sechsergruppe (USA, China, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) und Teheran in Istanbul zu organisieren, erteilte Ahmadinedschad vor der Presse eine deutliche Abfuhr. Zwar sei der Iran nach wie vor „an einer Dialoglösung interessiert“ – als Vermittler komme die

Türkei dabei aber nicht in Frage, lautete die Antwort auf das Angebot.

Auch wenn der Energiepakt nicht zustande kam – einen weitreichenden Vertrag haben die beiden Länder, von der Presse nahezu unbeachtet, dennoch unter Dach und Fach gebracht. Man habe sich auf einen „intensiven Austausch von Geheimdienstinformationen und auf intensive gegenseitige Hilfe“ im Kampf gegen die kurdischen Guerillaorganisationen PKK und PJAK verständigt, teilte Innenminister Besir Atalay mit. Durch den „wichtigen Vertrag“ würde die seit drei Jahren bestehende Zusammenarbeit im „Kampf gegen den Terror“ deutlich ausgebaut.

(taz, 15.8.08; junge Welt, 16.8.08)

Beleidigte Paragrafen Anpassung an EU-Standards schwierig

Die Türkei passt mit Blick auf die EU ihre diskriminierenden Mediengesetze demokratischeren Standards an. Journalisten sehen jedoch keine realen Verbesserungen: Nach wie vor landen sie, wie auch Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten, für freie Meinungsäußerung vor Gericht. Besonders, wenn es um Kurden und Armenier geht.

Bis April war es noch der berüchtigte Paragraph 301, der Journalisten und Journalistinnen wegen "Beleidigung und Herabsetzung des Türkentums" unter Strafe stellte.

Als größte Beleidigung galt es, die stets tabuisierte Ermordung von 1,5 Millionen Armeniern im osmanischen Reich im Jahr 1915 einen Völkermord zu nennen und über die ungelöste Kurdenfrage zu berichten: Hrant Dink, armenisch-türkischer Journalist, war der erste, der dafür nach dem Strafrechtsparagraf 301 rechtskräftig verurteilt wurde. Am 19. Januar 2007 wurde der Friedensaktivist und Herausgeber der Wochenzeitung "Agos" von einem minderjährigen Nationalisten erschossen.

Auch der Literaturpreisträger Orhan Pamuk und die Menschenrechtlerin Eren Keskin waren unter den zahlreichen Angeklagten nach 301 oder 216, der den Tatbestand der "Aufstachelung zu Hass und Feindschaft in der Bevölkerung" unter Strafe stellt.

Nach Forderungen seitens der EU wurde der Paragraph 301 im April umformuliert und der Strafraum auf höchstens zwei Jahre begrenzt. Verfahren sind künftig von der Ermächtigung des Justizministers abhängig.

Für die Realität der Journalisten sei das relativ irrelevant, meint Erol Önderoglu vom unabhängigen türkischen Mediennetzwerk Bianet in Istanbul: "Es gibt noch viele andere Wege, Journalisten unter Druck zu setzen." Bianet, das gleichzeitig als Beobachtungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der Türkei fungiert, wurde 1997 mit EU-Finanzierungen ins Leben gerufen und hat sich mit unbequemen investigativen Recherchen einen Namen gemacht.

Önderoglu glaubt nicht, dass die formale Anpassung an europäische Presserechtsstandards die derzeitigen Probleme schnell lösen wird. In seinem letzten Report zur Medienfreiheit für das erste Halbjahr 2008 stellt er gar fest, dass freie Meinungsäußerung schwieriger denn je geworden ist: 194 Menschen wurden zwischen Mai und Juni wegen Meinungsäußerungen über den türkischen Staat angeklagt, eine Zunahme von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Unter den 88 Verurteilten waren 79 Journalisten.

Ebenfalls zur Auflage der Europäischen Union gehören anderssprachige Programme wie zum Beispiel Kurdisch, im den elektronischen Medien. Seit 2004 begann man mit einer 30-minütigen Sendung pro Tag (höchstens vier Stunden wöchentlich) im staatlichen Sender TRT. Ab 2009 soll es nun einen eigenen Kanal in kurdischer Sprache geben, angekündigt von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan als Teil eines neuen Ansatzes in der Kurden-Politik. Erol ist skeptisch: "Die bisherigen kurdischen Sendungen waren nicht sehr erfolgreich. Die Sendezeit war am frühen Morgen, das Programm uninteressant. Auf jeden Fall müsste die Qualität besser werden."

(oe1.orf.at, 19.8.08)

TAK bekennt sich zu Anschlägen in Türkei

Eine militante Kurdengruppe hat sich zu den Anschlägen in zwei türkischen Küstenstädten Mitte August bekannt.

Die kurdische Nachrichtenagentur Firat meldete am 24. August 2008, die "Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK) hätten erklärt, die Attentate ausgeführt zu haben.

Am 19. August hatte ein Attentäter bei einer Verkehrskontrolle nahe der Stadt Mersin einen Sprengsatz in seinem Wagen gezündet und damit sich selbst getötet und 12 Polizisten verletzt. Zwei Tage später wurden bei der Explosion einer Autobombe in der westtürkischen Metropole Izmir 16 Menschen verletzt.

(ANF, Reuters, 24.8.08)

Sittenwidrige Brause

An den Erfrischungsbuden im kurdisch kontrollierten Nordirak gibt es sie seit Jahren, und an Bord der Kurdistan Airlines wird die Cola kurda von den Passagieren gern getrunken. Warum sollte die braune Brause also nicht auch den Kurden in der Türkei schmecken, fragte sich Getränke-Großhändler Ramazan Aslan und wollte die Marke beim Türkischen Patentamt (TPE) anmelden.

Viele Monate brüteten die Beamten über dem Antrag, um ihn nun zurückzuweisen: Cola kurda verstoße "gegen die öffentliche Ordnung und die allgemeinen Sitten". Anstoß erregte nicht die Rezeptur oder Geschmack, sondern die Gestaltung der Dose: grün das Wort "Cola", rot das Wort "kurda", beide auf einem gelben Untergrund - da sind sie, die kurdischen Nationalfarben.

Das Rot, so erzählen die Kurden, symbolisiere das Blut der Märtyrer, das Gelb das Licht als Quelle des Lebens und das Grün die Schönheit der kurdischen Landschaft.

(Frankfurter Rundschau, 26.8.08)

Der Streit um Kirkuk blockiert Wahlen im Irak

Die Fronten zwischen irakischen Kurden, Arabern und Turkmenen im Konflikt um die Ölstadt Kirkuk haben sich verhärtet. Der Streit verhindert vorläufig die Abhaltung von Provinzwahlen, die als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Aussöhnung im Irak gelten.

Am 22. Juli 2008 verabschiedete das irakische Parlament unter dem Boykott der kurdischen Abgeordneten ein Gesetz über die

Abhaltung von Provinzwahlen. Das Wahlgesetz enthält einen Passus, wonach das künftige Provinzparlament von Kirkuk paritätisch von den drei grossen Bevölkerungsgruppen in der Provinz, den Kurden, den Arabern und den Turkmenen, besetzt werden soll. Diese sollen jeweils 32 Prozent der Sitze erhalten, während 4 Prozent an die Minderheiten der Christen und Mandäer gehen sollen. Die Kurden, welche heute die Provinzregierung dominieren, würde diese Regelung um ihre Mehrheit von 26 gegen 15 Sitze bringen. Für anderen strittigen Provinzen, etwa Diyala, Mossul und Bagdat, ist keine Regelung wie für Kirkuk vorgesehen.

Der irakische Staatspräsident Jalal Talabani, ein Kurde, und sein schiitischer Vize Adel Abdelmadhi legten umgehend ihr Veto gegen das Gesetz ein. Doch seither geht ein Riss durch das Bündnis zwischen Schiiten und Kurden, denn in der Abstimmung hatten auch zahlreiche schiitische Abgeordnete für den Entwurf gestimmt. In Kirkuk und in allen größeren kurdischen Städten demonstrierten Hunderttausende gegen das Gesetz. Die Protestierenden forderten die Anwendung des Paragraphen 140 der Verfassung, der die Durchführung eines Referendums für Kirkuk vorsieht.

Kurz nachdem der Protestmarsch in Kirkuk sich in Bewegung gesetzt hatte, wurde ein Selbstmord-Attentat auf den Demonstrationszug verübt. Dabei kamen 25 Menschen ums Leben, weitere 150 wurden verletzt, davon 30 schwer.

Nach Erkenntnissen der örtlichen Sicherheitsbehörden hat der ITC (Front der irakischen Turkmenen) seine Finger im Spiel, der von Ankara unterstützt wird. Der Leiter der örtlichen Sicherheitskräfte Necat erklärte, dass während der Explosion Kräfte, die in Beziehung zur ITC stehen auf die Demonstranten geschossen hätten. Dies bestätigten auch Aussagen eines Bodyguards des Büros der ITC, der im Verlauf der Geschehnisse verletzt worden war und im Krankenhaus lag.

Das Wahlgesetz hat jedoch keine Aussöhnung gebracht, sondern die alten Gräben zwischen den Kurden und Arabern wieder aufgerissen. Die Kurden fordern die Eingliederung von Kirkuk in ihren Teilstaat, was die Araber und Turkmenen strikt ablehnen. Den Hebel für die kurdischen Gebietsansprüche bildet Artikel 140 der irakischen Verfassung. Dieser garantiert den Kurden, die während des Saddam-Regimes zu Tausenden aus der Region vertrieben wurden, die Rückkehr sowie die Wiederherstellung der vom Regime zuungunsten der Kurden veränderten Provinzgrenzen.

Um die Ansprüche der Kurden zu unterstreichen, reiste der kurdische Regionalpräsident Masud Barzani am 7. August nach Kirkuk. Er drohte mit einer Spaltung des Landes, sollte die Verfassung verletzt werden. In der Kirkuk-Frage haben die Kurden freilich nicht nur die Araber im Irak, sondern auch die Türkei und Iran gegen sich. In Bagdad ertönen bereits Forderungen nach einem militärischen Vorgehen gegen die Kurden.

Am 9. September will das Parlament erneut über das Wahlgesetz beraten. Doch eine Einigung ist nicht in Sicht, im September beginnt der Fastenmonat Ramadan, in dem auf dem politischen Parkett im Irak üblicherweise nicht viel geschieht. Da die Uno mindestens drei Monate für die Wahlvorbereitung veranschlagt hat, wird die Abhaltung der Wahlen noch in diesem Jahr immer unwahrscheinlicher.

(ANF, 28. und 29.7.08, ISKU; Neue Zürcher Zeitung, 13.8.08)

Deutsches Konsulat in Irakisch-Kurdistan

Deutschland wird zu Beginn des kommenden Jahres ein Konsulat in Erbil (Hewler), der Verwaltungshauptstadt der kurdischen Autonomieregion in Irakisch-Kurdistan, eröffnen. Auch ein Goethe-Institut werde in den nächsten Monaten in Erbil den Betrieb aufnehmen, berichtete die irakische Nachrichtenagentur Aswat al-Irak am 3. August 2008 unter Berufung auf den deutschen Botschafter in Bagdad, Hanns Schumacher. Diese Schritte seien "Bestandteil der deutschen Bemühungen, die Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung zu stärken", wurde der Diplomat zitiert.

Geschäftsleute und ausländische Besucher können sich in der Kurdenregion in der Regel frei bewegen. Die relativ sichere Lage hat einen Wirtschafts- und Bauboom entfacht, der auch ausländische Unternehmen anlockt. Das Auswärtige Amt in Berlin hat für den Irak eine Reisewarnung ausgesprochen, die für die kurdische Autonomieregion nur in eingeschränkter Form gilt.

(Der Standard, 4.8.08)

Irak Massengrab mit 500 Toten entdeckt

Im Irak ist nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ein neues Massengrab mit etwa 500 Toten entdeckt worden. Es befindet sich nicht weit von Tallafa, rund 60 Kilometer westlich von Mossul. Erste Untersuchungen hätten ergeben, dass es sich bei den Opfern um Kurden handele. Sie seien entweder während der sogenannten Anfal-Offensive unter Saddam Hussein 1987/88 ermordet worden, oder es seien Opfer des Barzan-Massakers 1983, teilte der Leiter eines Exhumierungskomitees in Irakisch-Kurdistan der GfbV telefonisch mit. Die Gebeine sollen nun exhumiert und in Zusammenarbeit mit Vertretern der Regierung in Bagdad von Experten aus Kurdistan mit Hilfe von DNA-Tests identifiziert werden.

Die Anfal-Offensive wurde unter der Leitung von Saddam Husseins Cousin Ali Hassan Al Majid (besser bekannt unter dem Namen "Chemie Ali") durchgeführt. Bis zu 182.000 Kurden - unter ihnen auch christliche Assyro- Chaldäer-Aramäer - wurden während acht Angriffswellen der irakischen Armee im Norden des Landes zwischen Februar und Anfang September 1988 getötet. Dabei wurden auch chemische und biologische Waffen eingesetzt. Gezielt ermordet wurden insbesondere arbeitsfähige Männer und Jungen im Alter von elf bis 50 Jahren, um aktive Gegenwehr oder spätere Racheakte zu verhindern.

Im Barzan-Tal verloren die Kurden an nur einem Tag, dem 30. Juli 1983, fast ihre gesamte männliche Bevölkerung. 8.000 Männer und Jungen wurden vom irakischen Militär auf Lastwagen verladen und deportiert, als "Agenten des internationalen Imperialismus und Zionismus" durch Bagdad getrieben und im Fernsehen zur Schau gestellt. Die Verschleppten tauchten nie wieder auf. Erst Jahre später wurde bekannt, dass sie erschossen worden waren. Der Genozid an den Kurden wurde von der irakischen Verwaltung, von der Armee und den Einsatzgruppen Saddams in allen Einzelheiten akribisch registriert. Doch bisher konnten erst 503 der Mordopfer aus dem Barzan-Tal und die Gebeine von 258 Toten aus dem Kurdengebiet Doli Jafayati gefunden, exhumiert, identifiziert und nach Kurdistan überführt werden.

(Gesellschaft für bedrohte Völker, 7.8.08, nahost@gfbv.de)

Massenhafte Hinrichtungen im Iran

Die Todesstrafe wurde im Iran in diesem Jahr bereits 197-mal angewendet. Weitere 74 Menschen warten nach Erkenntnissen von Menschenrechtsorganisationen seit Monaten auf den Henker. Acht Frauen droht die Hinrichtung durch Steinigung.

Die islamische Republik Iran hat ihre Angriffe gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere aber gegen Kurden im Iran und andere Oppositionelle wie Intellektuelle, Studierende, Frauenrechtlerinnen sowie Homosexuelle massiv ausgeweitet und praktiziert mit grausamen Methoden vor den Augen der Weltöffentlichkeit massive Menschenrechtsverletzungen.

Journalisten werden unschuldig verhaftet und gefoltert, kritische Zeitungen werden geschlossen, Besitzer von Satellitenempfänger werden gefoltert und bedroht und die Satellitenanlagen beschlagnahmt, Oppositionelle und Homosexuelle werden zum Tode verurteilt und friedliche Demonstranten insbesondere in den kurdischen Regionen von iranischen Sicherheitskräften beschossen.

Seit Jahrzehnten versucht die kurdische Volksgruppe mit demokratischen Mitteln für die Erlangung ihrer Minderheitsrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie im Iran zu kämpfen. Insbesondere haben sie in den letzten zwei Jahren mit friedlichen Mitteln demonstriert, wurden dabei regelmäßig von iranischen Sicherheitskräften angegriffen und mehrere kurdische Demonstranten wurden dabei getötet. Die Einschüchterungspolitik und die iranische Repression gegen die kurdische Bevölkerung, demokratische Zivilgesellschaft und die oppositionellen Kräfte sind verbrecherisch zugenommen.

Auch Lehrer sind von der Todesstrafe betroffen. Als letzten traf es den kurdischen Lehrer Enwer Huseynpenahî. Zuvor wurden die Lehrer Ferzad Kemanger, Eli Heyderiyan und Ferhad Wekili zum Tode verurteilt.

Im Gefängnis in Urmiye in Iranisch-Kurdistan hat sich ein kurdischer Gefangener aus Protest gegen Folter die Lippen zugenäht und ist in Hungerstreik getreten. Daraufhin wurde er brutal verprügelt und von den anderen Gefangenen isoliert. Eyüp Heqiqi befindet sich seit sechs Jahren in Haft.

Laut einem Bericht von amnesty international sind allein 2007 im Iran 317 Menschen hingerichtet worden. Vermehrt sind davon in letzter Zeit auch Kurden betroffen. Am Morgen des 19. Juni 2008 wurden im Gefängnis von Urumiye Ersed Mehmudi, Salih Meleki und Muhammed Ali Bimisal hingerichtet. Und am 27. Juli 2008 wurden 29 Menschen im Iran hingerichtet

(ANF, 21., 26. und 27.7.08., ISKU; ANF, 6. und 9.8.08; Yek-Kom, 28.8.08)

Dokumentarfilm: „Und macht euch die Erde untertan“

Der Film entstand im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stop Ilisu“ und thematisiert eines der umstrittensten Bauvorhaben der Welt: Den geplanten Staudamm Ilisu am Tigris in kurdischen Gebieten in der Türkei. Die entscheidende Rolle bei dem Projekt spielen Deutschland, Österreich und die Schweiz: Abgesichert mit Kreditbürgschaften dieser drei Länder, finanziert mit zinsgünstigen Krediten von deren Banken, gebaut durch deren Unternehmen - ein Projekt, das in Europa niemals genehmigt würde!

Das Tigrisland rund um die Stadt Hasankeyf ist eine beeindruckende und bedeutende Kultur- und Naturlandschaft. In diesem so genannten Zweistromland liegen auch die Wurzeln der westlichen Zivilisation. Seit rund 10 Jahren protestieren Betroffene, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen gegen die humanitären, ökologischen und politischen Auswirkungen des Projektes.

Der Film vom Christoph Walder zeigt die wertvolle ökologische und kulturelle Landschaft in Mesopotamien. Etwa 400 Kilometer des Tigris und seiner Nebenflüsse würden im Falle der Umsetzung zerstört. Unterhalb des Dammes würden künstliche Flutwellen das Ökosystem vernichten, einen Lebensraum für zum Teil weltweit bedrohte Arten und für eine bislang wenig erforschte Flora und Fauna. Über 300 bekannte archäologische Fundstätten würden ferner vernichtet, darunter die malerische antike Stadt Hasankeyf, in deren Umfeld sich 23 Kulturen verewigt haben, ganz zu schweigen von vermuteten, aber noch unbekannt Stätten aus 10.000 Jahren Menschheitsgeschichte. Zigtausende Menschen müssten ihre Heimat verlassen, Siedlungen und wertvolles Ackerland würden geflutet. Der Plan steht zudem im Widerspruch zu internationalen Abkommen, da die Nachbarstaaten Syrien und der Irak nicht konsultiert wurden. Der Baubeginn wurde schon mehrmals öffentlich verkündet und erste Bauvorbereitungsmaßnahmen werden aktuell allen Protesten zum Trotz schon umgesetzt, doch noch kann das Bauvorhaben gestoppt und die Region gerettet werden!

Köln: 03.09.08, 20.00 h, Filmforum NRW e.V. im Museum Ludwig, Bischofsgartenstr. 1

Berlin: 04.09.08, 19.30 h, Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30

Hamburg: 18.09.08, 19.30 h, Abaton-Kino, Allendeplatz 3

Bremen: 19.09.08, 20.30 h, Kino 46, Waller Heerstrasse 46

München: 08.10.08, 20.00 h, Atelier Filmtheater, Sonnenstr. 12

Infos bei Beate Wiemers, Tel. 0421 / 217878 oder beate.wiemers@gmx.de, www.beate-wiemers.de

(taz, 15.08.08')

Neuerscheinungen

Bernard Wittmann: Briefe aus Kurdistan 1954-1963

Petra Krusell (Hg.)

mit einem Vorwort von Prof. Dr. Udo Steinbach

Bernard Wittmann: Ingenieur, Familienvater, ehemaliger Kz-Häftling und fleißiger Briefschreiber. In einer Zeit, die der Brieftaube näher zu liegen scheint als dem Telefon, und die doch erst ein halbes Menschenleben entfernt ist, baute er im irakischen Kurdistan zehn Jahre lang Straßen, Brücken und Freundschaften. Kein soziologisches oder historisches Vorurteil, keine politische Agenda verstellt Wittmann den Zugang zu dieser fremden Gesellschaft: Ihm reichen gute Nerven, Karl-May-Lektüre und gesunder Menschenverstand um Kurdistan begreifen und schätzen zu lernen. Dann kommt die Revolution von 1958, der Barzani-Aufstand, Umstürze. Krieg in Kurdistan! Bald werden nicht nur Nachbardörfer ausradiert, auch das Camp der Straßenbauer gerät zwischen den Fronten unter täglichen Beschuss. Wittmanns Briefe nach Deutschland schwanken zwischen Idyll und Abgrund, zwischen Panik und dem Versuch die Familie daheim nicht zu beunruhigen. So entsteht ein berührend um Objektivität bemühtes, und doch urdeutsch-subjektives Bild einer Gesellschaft, die damals noch so unendlich weit entfernt schien.

Verlag Hans Schiler, ISBN 978-3-89930-207-3, 266 Seiten, info@schiler.de

Von der Saat der Worte

Hrant Dink

Übersetzung: Günter Seufert

Wer Hrant Dinks Texte liest, sieht gleich, dass er im guten Sinne ein Radikaler war. Die Texte erzählen davon, dass eine andere Welt möglich ist. Er sprach über Kopftuch und Kurdenproblem, über die Türkei und die Europäische Union; und natürlich über die Armenier. Die Texte dieser Auswahl stammen fast ausschließlich aus der von Dink gegründeten Zeitung AGOS und wurden zwischen Mai 1996 und Januar 2007 verfasst. Hrant Dink schrieb nicht nur Berichte, Kommentare und Analysen. Sehr gerne schrieb er Geschichten, die sich zugetragen hatten, erzählte von seinem Leben und dem Leben anderer Armenier. Diese Stücke wirken wie Gleichnisse. Sie lassen dem Leser Raum, sich einzufühlen, und Zeit, eigene Schlüsse zu ziehen. Bei diesen Texten wird deutlich, wie sehr Hrant Dink auf die „Saat der Worte“ vertraut hat.

Verlag Hans Schiler, ISBN 978-3-89930-222-6, 184 Seiten, info@schiler.de

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,
www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;
www.nadir.org/isku/

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,
www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,
www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,
<http://www.navend.de/>

Österreichisch-Kurdische Ges. für Wissenschafts- u. Kultur-
austausch, office@ok-gesellschaft.at, [w.w.w.ok-gesellschaft.at/](http://www.w.w.ok-gesellschaft.at/)
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV),
www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de